

friedenstüchtig! (3. Teil)

Im Februar hatten wir in unserem Flugblatt gefragt, ob der geplante Aufwand für die militärische Sicherheit in Deutschland angemessen ist. Dazu der frühere deutsche Botschafter Hellmut Hoffmann:
„Der Aufwand ... sollte in einem vernünftigen Verhältnis zu den äußeren Gefahren stehen. Das erfordert Augenmaß ...“

Kanonen statt Butter

Bei dem, was wir jeden Tag über Rüstungsausgaben hören können, ist von so einem Augenmaß nichts zu merken. Vom Treffen der Politiker und Rüstungsfirmen bei der Münchner Sicherheitskonferenz kam die Forderung nach noch mehr Milliarden. Zwei Prozent vom Bruttoinlandsprodukt (2% BIP) könnten „nur der Anfang sein“, meinte Verteidigungsminister Pistorius. Der Tagungsleiter der Konferenz brachte gleich mal weitere 130 bis 180 Mrd. Euro ins Spiel.

Ausgaben einfrieren

Während manche SPDler sich für eine Neuregelung der Schuldenbremse stark machen, finden die Meinungsmacher in Politik und Wirtschaft andere Pläne gut. Einige Beispiele:
Herr Fuest, Präsident des Wirtschaftsforschungsinstituts ifo, schreibt: „Kanonen und Butter – das wäre schön, wenn das ginge. Aber das ist Schlaraffenland. Das geht nicht.“

Diese Meinung teilt wohl auch Finanzminister Lindner. Er will wegen der hohen Militärkosten die Ausgaben im Sozialbereich in den nächsten drei Jahren „einfrieren“. Herr Busse von der Frankfurter Allgemeinen Zeitung FAZ schaut in die Zukunft, wenn das

„Sondervermögen Bundeswehr“ aufgebraucht sein wird. Er meint: „Eine ernsthafte Diskussion über den Umfang des Sozialstaats, den die Deutschen bislang als wichtigste Sicherheitsgarantie empfunden haben, wird sich auf Dauer nicht vermeiden lassen.“

sozialpolitische Zeitenwende

Als einer von wenigen warnt der Sozialwissenschaftler Professor Butterwege in der Frankfurter Rundschau vor den Folgen dieser Politik: „... Aufrüstung (verstärkt) die soziale Ungleichheit, denn sie macht die Reichen reicher und die Armen zahlreicher. Hauptprofiteure der außen-, energie- und militärpolitischen Zeitenwende sind die Großaktionäre deutscher und US-amerikanischer Rüstungskonzerne. Dass ihr fast zwangsläufig eine sozialpolitische Zeitenwende folgt, wird zur Senkung des Lebensstandards der Bevölkerungsmehrheit führen.“

ein kriegstüchtiges Land

Im Grundgesetz unseres Landes steht, Deutschland werde „als gleichberechtigtes Glied in einem vereinten Europa dem Frieden der Welt (...) dienen“.

Es steht dort auch, dass Deutschland ein demokratischer und sozialer Staat ist.

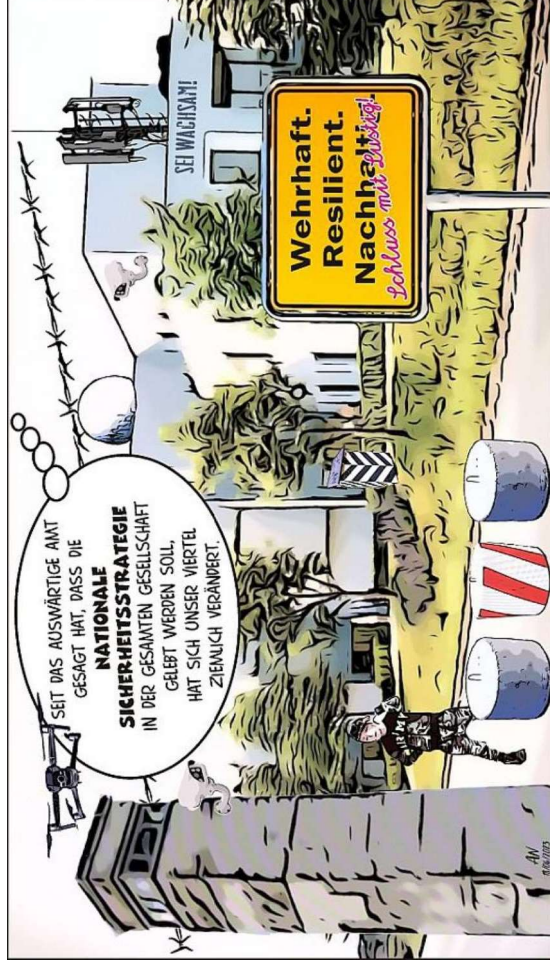


Bild: imi-online.de

Er hat für sozialen Ausgleich zwischen starken und schwachen gesellschaftlichen Gruppen zu sorgen, die Existenzgrundlage seiner Bürger zu sichern und es ihnen zu ermöglichen, selbstverantwortlich ihr Leben zu gestalten.

Wenn diese Pflichten als unwichtig zur Seite geschoben werden, wenn alles dem Ziel untergeordnet wird, unseren Staat und unsere Gesellschaft „kriegstüchtig“, „kriegstüchtig“ oder „kriegsbereit“ zu machen

dann gibt es nur eins sagt: „NEIN, wir wollen keine kriegstüchtiges Land!“ sagt: „JA, wir brauchen friedensfähige Politik!“